

Ängste der Bürger*innen verstehen, offen artikulieren und ernst nehmen. Dort, wo die Populisten bereits in der Regierung sitzen – wie beispielsweise in Ungarn oder den USA –, wird das Narrativ leicht abgewandelt: Nun sei es die Opposition, mehr noch aber die übernationalen Institutionen – die EU, die UNO –, gegen die es die «wahren Interessen» des Volkes zu verteidigen gelte.

Diese Erzählungen sind aus mehreren Gründen interessant. Erstens: Viele führende Populisten kommen selbst nicht im Geringsten aus dem «gewöhnlichen» Volk. Christoph Blocher etwa, das Gesicht des Schweizerischen Rechtspopulismus, gibt sich als Volkstribun, ja fast schon als Bauernführer aus – dabei ist er ein Chemieunternehmer mit einem Vermögen von um die 10 Milliarden Euro. Donald Trump und Silvio Berlusconi sind ähnliche Beispiele. Weshalb wird diesen Männern trotzdem die Behauptung abgenommen, sie seien volksnah, wüssten um die Sorgen der einfachen Leute und nähmen sich dieser auch wirklich an?

Zweitens: Populisten rühmen sich dafür, das auszusprechen, was die «schweigende Mehrheit» denkt, und sie nehmen für sich in Anspruch, die wahren Interessen des Volkes zu vertreten. Aber tun sie dies wirklich? Oder gelingt es ihnen nur, das Volk auf perfide Art zu manipulieren, sich zum Sprachrohr für dessen Frust zu machen? Werden die Meinungen und Interessen einer Mehrheit tatsächlich durch eine Elite – und ihr Diktat der politischen Korrektheit – unterdrückt? Wenn dem nicht so wäre: Wie kommt es dazu, dass dieses Narrativ trotzdem so verfangt?

Und drittens schließlich: Stimmt die These der Existenz einer abgehobenen politischen Elite, einer «classe politique», überhaupt? Für welche Länder hat sie Gültigkeit, für welche nicht? Sind wir, die Diskursteilnehmer, Teil dieser Elite und damit Teil des Problems? Oder ist es nicht vielmehr so, dass

es angesichts der Komplexität der Welt und der politischen Entscheidungen schlicht eine Elite braucht? Übt diese Elite tatsächlich moralischen Terror aus und spricht Denkverbote aus, oder ist die Diskrepanz zwischen politischer Elite und gewöhnlichem Volk die unvermeidbare Folge des Umstandes, dass sich politische Zusammenhänge in einer globalisierten Welt nur noch schwer vermitteln lassen?

Wer nimmt den Ball auf und antwortet mit einem ersten Essay auf unsere Fragen und berichtet über die spezifischen Verhältnisse in seinem Land?

Herzlich,
Michael und Jonas

Ágnes Heller: Populismus oder Ethnonationalismus?

Budapest, 27. März 2019

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich habe ein Problem mit dem Ausdruck «Populismus». Perón war ein Populist, und Chávez ebenso. Doch Orbán und seine Gefolgschaft sind keine Populisten. Populisten sind zwar Demagogen, stehen aber tatsächlich auf Seiten des Volkes und nicht der Wohlhabenden. Einige totalitäre Parteien Europas waren auch populistisch, jedoch nur anfangs. Im Gegensatz dazu haben Orbán und seine Partei eine eigene Oligarchie geschaffen, die «Neureichen», deren Wohlstand ihnen gänzlich selbst zugutekommt, während die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Ich würde stattdessen eher von einer Art Refeudalisierung sprechen. Diese ethnonationalistischen Parteien behaupten nicht einmal, das «Volk» zu unterstützen; sie unterstützen die «Nation». Sie nehmen für sich in Anspruch, die Nation gegen all deren Feinde wie Soros, Brüssel und vor allem natürlich gegen den Liberalismus zu verteidigen. Den Liberalismus zum Feind Nummer eins zu erklären, ist beileibe nichts Neues. Das haben die Ethnonationalisten mit totalitären Parteien gemein. Und dennoch sind sie nicht totalitär, weil sie es gar nicht nötig haben.

Dementsprechend ist ihre Identitätspolitik ethnonationalistisch. Für Ethnonationalisten setzt sich die «Nation» im Gegensatz zu Aristoteles nicht aus der Summe ihrer Bürgerinnen

und Bürger zusammen, sondern aus all jenen, deren Vorfahren aus dem betreffenden Land stammen, die von gleichem «Blut» sind und sich einem Land zugehörig fühlen, in dem sie vielleicht nie gelebt haben. Etwa so wie die «Volksdeutschen», die nie in Deutschland ansässig waren, selbst nicht in der Eltern- und Großelterngeneration, aber von denen man dennoch verlangte, ihre Treue zu Deutschland anstatt zu dem Land zu bekunden, in dem sie beheimatet waren. In den Augen der politischen Führungselite Ungarns zählt die Anhängerschaft der Oppositionsparteien nicht zu den Ungarn. Menschen hingegen, die nie in Ungarn gewohnt haben, doch ungarischer Herkunft sind, gelten als wahre Ungarn, vorausgesetzt, sie sind Befürworter Viktor Orbáns. Ethnonationalismus kann leicht in offenen Rassismus umschlagen.

Seit 1914 ist der Ethnonationalismus eine verbreitete Ideologie in Europa und war der eigentliche ideologische Beweggrund für den Ersten Weltkrieg. Europa bezahlte für diesen Krieg mit hundert Millionen Toten, alle Europäer, die durch die Hand von Miteuropäern starben.

Tatsächlich unterscheiden sich die neuen Ethnonationalisten von heute von denen in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts dahingehend, dass ihre Ideologie negativ ist. Sie versprechen keinen Landgewinn, keine Gesellschaft, die frei von Fremden ist, nicht Glück für alle oder gar Größe und Erhabenheit. Sie versprechen Schutz. Sie geben vor, ihre Nation vor Einwanderern, vor der Einmischung anderer in die Innenpolitik und der vermuteten Einschränkung der nationalstaatlichen Souveränität seitens der EU zu bewahren. Sie errichten Mauern nicht nur gegen Einwanderer, wie sie glauben machen wollen, sondern gegen alle anderen EU-Staaten, die nicht mit ihnen übereinstimmen.

Wie ich vorher erwähnte, ist der größte Gegner der Ethnonationalisten der Liberalismus. Daher schaffen sie, sobald sie

an die Macht gelangen, die Gewaltenteilung ab, zentralisieren alle entscheidungsgebenden Organe sowie die Medien und die Bildung und richten Institutionen ein, mit denen sie die öffentliche Meinung manipulieren (etwa durch die sogenannten Nationalen Konstitutionen in Ungarn). Damit können sie eine Diktatur errichten, ohne auf die Waffen des Totalitarismus zurückgreifen zu müssen. Dazu sind sie in der Lage, weil sie die Macht nicht durch Gewalt, sondern durch Parlamentswahlen erlangt haben – zwar keine sauberen, aber dennoch Wahlen. Sie werden gewählt und wiedergewählt, dreimal, fünfmal, wie Putin, Erdoğan, Kaczyński, Sisi und Orbán. Alle halten ihre Präsidentschaft für demokratisch, da sie ja von einer Mehrheit oder nahezu einer Mehrheit gewählt wurden. Lässt sich das abstreiten? Auf der Suche nach einer Bezeichnung für diese Regierungsform kam mir der Ausdruck «Demokratur» in den Sinn. Das Wort allein ist ein Indiz dafür, dass der Begriff «Demokratie» überdacht werden muss.

Demokratie wurde in der europäischen Geschichte mehrfach umdefiniert. Ursprünglich bezog er sich auf eine direkte Demokratie nach Athener Muster. Kant zufolge war diese Demokratieform nicht länger möglich, weil die Staaten zu groß waren und man sich nicht an einem Ort zur gemeinsamen Entscheidungsfindung versammeln konnte.

In den USA entstand die erste moderne Demokratie, die repräsentative Demokratie, die nur durch die Verabschiedung des Ersten Zusatzartikels zur Verfassung der Vereinigten Staaten zu einer liberalen Demokratie wurde. Dennoch vergingen viele Jahre bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Im neunzehnten und vor allem in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurde Demokratie im Westen und später auch in Südeuropa jahrzehntelang mit einem Liberalismus gleichgesetzt, der Volkssouveränität und ein allgemeines Wahlrecht einschloss. Eine Zeitlang bedeutete der Begriff «Demo-